Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b. 8-5. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben 15 Pfg., für Montage oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich Eingesandt Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Moritz Fuchs jun.,
Wallstrasse 14. Antonsplatz 14.
Beachtenswerthe billige Bezugsquelle sämmtlicher Neuheiten in Posamenten, Knöpfen, Spitzen, seidenen Bändern und sämmtlichen Kleiderzuthaten zur Damenschneiderei.

Thüre zu!
D.R.Patent.
Vollkommenster selbstthätiger geräuschloser Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 40,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27.
Fernsprecher 2100.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Künstliche Zähne
CHR. SÖRUP ATELIER FÜR
PLOMBIRUNGEN ETC.
Korecte Ausführungen, Mässige Preise.
26 I. Wettiner Str. 26 I.

Dr. Putzar's Wasserheilanstalt
Königsbrunn bei Königstein (sächsische Schweiz)
dauernd wiedereröffnet.
Ausführl. Prospecte gratis durch Die Direction.

Schwarze **Glacé-Handschuhe,** schwarze dänische Handschuhe zu billigsten Preisen. **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 24.

Nr. 70. Spiegel: Bayrische Ultramontanen, Bergarbeiterbewegung, Enteignung der Bergwerke. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Wählerlisten, Gasfachmänner, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Dienstag, 11. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

„Jungens, die die Kinderjacken kaum ausgezogen haben", also hatte im Finanzausschusse der bayrischen 2. Kammer ein ultramontaner Häuptling die Zöglinge der Münchner Kunstakademie benamst. Dieses Schimpfwort ist natürlich den jungen Malern und Bildhauern, die sich an der Akademie zu Künstlern ausbilden, tüchtig in die Nase gefahren; unterstützt von gleichaltrigen Architekten, Polytechnikern und Studenten und im Verein mit vielen anderen entrüsteten Münchner Bürgern brachten sie dem Abgeordneten, der ihnen diesen Schimpf angethan, eine Katzenmusik. Der Rummel verlief ziemlich unschuldig und, Dank der allseitigen Warnung, wiederholte er sich nicht in der darauf folgenden Nacht. Wie kam denn aber jener bayrische Abgeordnete (er ist seines Zeichens Gymnasialprofessor) dazu, die Kunstjünger so zu schmähen? Um das deutlich zu machen, muß man etwas weiter ausholen. In Erinnerung ist, daß die ultramontane Partei Bayerns, dort Patrioten geheißen, seit Jahr und Tag einen rein vom Zaune gebrochenen, aber immer hitziger und unflätiger gewordenen Kampf gegen das Ministerium Lutz und den Prinz-Regenten Luitpold führt. Die Patrioten wollen dem bayrischen Staatsoberhaupt das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht der Anstellung der Bischöfe (placetum regium) nehmen; sie wollen ferner die Altkatholiken rechtlos machen. Das erste Begehren ist abgeschlagen worden; die zweite Frage kam infolge des Todes von Döllinger in Fluß. Dieser große Gelehrte deckt nicht mehr mit seiner Person die mit von ihm in's Leben gerufenen altkatholischen Gemeinden. Nun verhandelt die Regierung mit den bayrischen Bischöfen über die künftige Stellung der Altkatholiken; eine Verständigung darüber ist sehr wahrscheinlich, nur hat die Frage selbst große Schwierigkeiten; denn der Willkür der Ultramontanen die altkatholischen Staatsbürger auf Gnade und Ungnade preiszugeben, dazu wird sich die Regierung nicht entschließen. Die Ultramontanen verlangen dies aber; und um die Regierung zur völligen Unterwerfung zu zwingen, streichen sie am Staatshaushalt blindwüthend herum. Sie verweigern an Forderungen für Kunst und Wissenschaft, was ihnen nicht in den Kram paßt. Ganz besonders schlecht kam die Münchner Kunst weg. Es herrscht die blanke Willkür und Eigensinn. Bei den Gymnasien übten die Ultramontanen Gnade; jedoch von den zum Ankauf von modernen Gemälden geforderten 120,000 Mk. strichen sie 100,000. Nun hat der bayrische Staat als solcher lange Zeit verhältnißmäßig wenig für die Künste gethan. Der alte König Ludwig hatte sich zeitlebens mit den Geiz- und Dummheitsteufeln der Ultramontanen herumzuschlagen; er trat diesen Teufeln zwar muthig auf die schwarzen Schwänze, ließ sie heulen und baute München aus eigenen Mitteln zu der jetzigen Kunststadt um. Allmählich dämmerte in den Schädeln jener Finsterlinge doch die Erkenntniß, daß die Kunst nicht gottlos und die Ausgaben für künstlerische Zwecke kein Luxus, sondern eine sich tausendfach bezahlt machende Kapitalanlage sind. Neuerdings wendet der bayrische Staat beträchtliche Mittel für Kunstzwecke auf; mit welchem Nutzen für sich selbst und besonders für München, ist bekannt.

Die Ultramontanen verfügen in der bayrischen Kammer über eine Mehrheit von nur 2 Stimmen; sie mißbrauchen sie aber rücksichtslos, um das Ministerium zu demüthigen. Der Oberkommandirende in dem Bauernkriege gegen die Kunst ist ein Gymnasialprofessor Namens Daller, der dem kulturfeindlichen Ansturme der Schwarzen den Namen Dallerei gegeben hat; mehrere hohe Juristen und einige Bauern, die mit der Mistgabel besser Bescheid wissen, als mit Gemälden, bilden seinen Troß. Als sie nun die Dallerei so weit trieben, Forderungen für Kunstzwecke, deren sachliche Berechtigung sie selbst anerkannten, aus politischem Hasse zu streichen, regte sich der Unmuth unter den jüngeren Künstlern Münchens. Darob ergrimmte jener Dr Orterer und beschimpfte die Akademiker. Diese rächten sich durch eine Katzenmusik. Das ist gewiß nicht das richtige Mittel. Die Regierung handelt nur korrekt, wenn sie dem Versuch, parlamentarische Fragen auf der Straße zum Austrag zu bringen, sofort entgegentritt. Die Abgeordneten haben das Recht der Redefreiheit. Aber nicht der Schimpffreiheit. Die Aufregung der Jugend ist natürlich; aber sie sollte so beschränkten Menschen gar keine solche Wichtigkeit beilegen. Beleidigungen im Parlamente können nur dort gesühnt werden. Was geschieht nun aber weiter? Ja, wer das wüßte. Bleiben die Ultramontanen starrsinnig, nun, so schicke die Regierung den Landtag nach Hause. Blamirt haben sich die Ultramontanen, diese politischen Freunde der Deutschfreisinnigen, mordsmäßig!

Weit ernster ist eine Bewegung, die sich eines Theiles der deutschen Bergarbeiter bemächtigt hat. In Bochum, Westfalen, fand am Sonnabend eine Generalversammlung der Zahlstellen des bergmännischen Verbandes für Rheinland und Westfalen statt. Dieser Verband ist allmählich ganz in's sozialdemokratische Fahrwasser gerathen, sehr zum Verdruß derjenigen Bergleute, welche von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen; hat diese doch durch ihre Einmischung in die Verhältnisse der Bergarbeiter letzteren die Sympathieen des Publikums entfremdet und die Bergarbeiter selbst so gespalten, daß kein einziger Bergmann in den Reichstag gewählt worden ist. Eine Zahlstelle, die von Altendorf bei Essen, beantragte nun, die Generalversammlung des Verbandes solle beschließen, daß alle Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen, ihr Amt niederlegen und kein Knappe, der sich öffentlich zur Sozialdemokratie bekennt oder agitirt, Verbandsmitglied werden oder bleiben solle. Ein dritter Antrag ging dahin, daß das Zwickauer Verbandsorgan abgeschafft werde. Von diesen drei Anträgen hat die Bochumer Versammlung nur den dritten angenommen und beschlossen, ein eignes in demselben Tone im Bochumer Bezirke zu drucken. Statt aber gegen die Sozialdemokratie Front zu machen, stellte sich der Verband ganz auf Seite derselben und beschloß einen Antrag auf Enteignung der Bergwerke der jetzigen Besitzer und auf Verwandlungen in Genossenschafts-Betriebe der Arbeiter, Beamten und Leiter der Bergwerke. Das soll als Petition an Reichstag, Bundesrath und Kaiser gelangen und in allen Kohlengegenden Deutschlands verbreitet werden. Den Wortlaut des betr. Beschlusses findet der Leser in der Tagesgeschichte. Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterverband muthet also den gesetzgebenden Gewalten des Reichs zu, ein Stück des sozialdemokratischen Programms zu verwirklichen. Man braucht nicht daran zu erinnern, daß der Verband keineswegs die Bergarbeiterschaft jener beiden preußischen Provinzen umfaßt, sondern kaum den 7. Theil. Immerhin bildet er mit seinen 20,000 Mitgliedern eine nicht zu unterschätzende Schaar und es erscheint uns nicht ausgeschlossen, daß sein Beschluß, so unreif und unausführbar er ist, auch anderen Belegschaften gefällt. Die Bochumer Versammlung hat sich's allerdings, den Berichten zufolge, sehr leicht gemacht. Sie befiehlt einfach: die Bergwerksbesitzer haben ihr Eigenthum herzugeben, die Bergwerke werden künftig von den Bergleuten, Beamten und Leitern als Gemeinbesitz betrieben. Vielleicht haben die Herren auch darüber sich geäußert, ob und in welchem Maße den zeitherigen Besitzern eine Entschädigung gewährt werden soll? Wer soll die Mittel zur Enteignung der Besitzer aufbringen? Die Bergleute, Beamten und Leiter selbst oder, wenn sie sie nicht haben, der Staat resp. das Reich? Soll auch der Staat seine Bergwerke ihnen überlassen oder blos die Privatbesitzer resp. die Aktiengesellschaften die ihrigen? Verzichtet der Staat zu Gunsten der Bergleute auf seine Kohlengruben, so beraubt er damit alle übrigen Staatsangehörigen der Einnahmen aus seinem bisherigen Besitz. Entschädigt ferner der Staat die Privatbesitzer für den Verlust ihres Eigenthumes und macht damit den Bergleuten ein Geschenk von ungezählten Millionen, haben dann nicht alle Arbeiter in allen anderen Industrieen und der Landwirthschaft den gleichen Anspruch auf ähnliche, zuletzt in die Milliarden gehenden Geschenke? Wenn aber die Bergleute erst Besitzer der Bergwerke sind, diese aber keinen Ertrag geben, sondern nur mit Schaden arbeiten, wovon bestreiten die Bergleute dann ihren Lebensunterhalt? Woher nehmen sie Ersatz für die Löhne? Und was geschieht, wenn ein Bergwerk ersäuft, durch schlagende Wetter zerstört wird oder abgebaut ist? Wie wird es mit Bergwerken, die erst neu angelegt und allmählich erschlossen werden sollen, die erst großer Zuschüsse bedürfen, ehe sie einen Ertrag liefern? Man kann doch den Kapitalisten nicht zumuthen, ihr Geld auf eigene Rechnung und Gefahr herzugeben, um später, wenn das Bergwerk Gewinn bringt, enteignet zu werden! Ueber alle diese und andere naheliegenden Fragen scheint sich die Bochumer Versammlung leichten Herzens hinweggesetzt zu haben. Die Enteignung von Privatbesitz wäre an sich nichts Unerhörtes; viele Staaten haben Privateisenbahnen, Sachsen hat die privaten Silberbergwerke verstaatlicht. Diese Erzgruben arbeiteten nur noch mit Verlust, ohne ihren Ankauf durch den Staat wären sie geschlossen worden. Der Staat kaufte sie an, um eine zahlreiche Bevölkerung nicht brotlos werden zu lassen. Die Enteignung von Privatbesitz erfolgte bisher nur durch den Staat für den Staat, d. h. für die Gesammtheit ihrer Bürger. Nie aber ist es bisher vorgekommen, daß der Staat dazu geholfen hätte, Privateigenthum seinen Besitzern wegzunehmen, um es einer Körperschaft Anderer zur lohnenden Nutznießung zu übergeben. Außer dem Arbeiterschutze und der Einsetzung von Arbeiterausschüssen kann der Staat auf dem Boden der heutigen Erwerbsverhältnisse höchstens noch dafür Sorge tragen, daß den Bergleuten ein angemessener Antheil an dem Reinertrag der Bergwerke (solange es einen giebt!) zukommt, aber dem Begehren der Bochumer: „Her mit den Bergwerken!" wird er unmöglich willfahren können — er gäbe sich denn selbst auf.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. März.

Berlin. Der Kaiser empfing gestern die seit mehreren Tagen hier weilenden Vertreter des Vereins zur Erbauung einer Kirche zum Gedächtniß der Protestation von 1529 in Speier, Prof. Gümbel und Konsistorialrath Risch. — Wie der „Nat.-Ztg." aus Paris gemeldet wird, hat sich der Zustand des Großherzogs von Mecklenburg bedenklich verschlimmert. Prof. Gerhard ist nach Cannes berufen worden und am Sonnabend dort eingetroffen. — Der Bundesrath hat in seiner letzten Sitzung über die zum Zwecke der Ausführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu bildenden Versicherungsanstalten Beschluß gefaßt. — Der Kaiser und der Prinzregent von Bayern haben zum Ulmer Münsterfest, an dem das württembergische Königspaar theilnimmt, Einladungen erhalten. Das Fest findet am 30. Mai statt.

Berlin. Der Generalversammlung des deutschen Bauernbundes ist auf ihr Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck folgende telegraphische Antwort zugegangen: „Dem deutschen Bauernbunde danke ich herzlich für seine freundliche Begrüßung. Ich werde, soweit meine Kräfte reichen, gerne fortfahren, dafür zu wirken, daß die Landwirthschaft als erstes unter den vaterländischen Gewerben durch unsere Gesetzgebung gepflegt und von steuerlicher Ungleichheit nach Möglichkeit befreit werde." — Anfangs voriger Woche weilte Dr. Hinzpeter im Auftrage des Kaisers in M.-Gladbach, um sich mit den dortigen Arbeiterverhältnissen bekannt zu machen. Er hatte mit einer Anzahl der dortigen Industriellen zu diesem Zwecke eine Konferenz. — Wie Bayern und Hessen, so wird auch Elsaß-Lothringen auf der Arbeiterschutzkonferenz durch Sachverständige vertreten sein.

Berlin. Im Auswärtigen Amte finden jetzt Verhandlungen wegen Regelung der Krankenpflege in Ostafrika statt. Die Missionen werden die Krankenpflege auf Sansibar selbst übernehmen, während für das afrikanische Festland besondere Vereinbarungen zwischen den betheiligten Faktoren behufs gleichmäßiger Vertheilung der Einrichtungen und Anstalten für die Krankenpflege getroffen werden sollen.

Berlin. Die Norddeutsche Grundkreditbank erzielte im Jahre 1889 einen Gewinn von 563,840 Mk. Der Pfandbrief-Umlauf weist eine Zunahme von über 5 Millionen auf.

Pest. Auf dem Wohlthätigkeitsballe im Redoutensaale kam es zu einem unliebsamen Vorfalle. Junge Leute insultirten die Militärkapelle und riefen derselben zu: „Wir brauchen keine deutschen und böhmischen Musikanten, die Zigeuner sollen spielen". Dem Kapellmeister wurde die Violine aus der Hand gerissen, worauf ein auf dem Balle anwesender hoher Offizier den Abzug der Kapelle veranlaßte. Darauf verließen alle anwesenden Militärs den Ball. Der Kaiser ließ sich über den Vorfall Bericht erstatten.

Paris. Der Minister des Auswärtigen, Spuller, bot Jules Simon an, als erster Delegirter Frankreichs zur Arbeiterschutzkonferenz nach Berlin zu gehen.

Brüssel. Der deutsche Kaiser wird, den hiesigen Blättern zufolge, im Frühling nach Antwerpen kommen und einen Besuch dem König Leopold abstatten. — Die belgischen Sozialisten und Fortschrittler sind mit der Wahl der Vertreter zur Berliner Konferenz unzufrieden und wollen die Sache zum Gegenstande einer Interpellation in der Kammer machen.

Cardiff. In der Kohlengrube Morfa bei Llanelly fand heute eine furchtbare Explosion statt. Mehrere Hundert Bergleute sind verschüttet; man fürchtet, daß eine große Anzahl derselben den Tod gefunden hat.

Berliner Börse. Infolge günstiger Abschlüsse der Laurahütte und ungarischen Kreditbank verlief die Börse in fester Haltung besonders für Bergwerke und Banken. Von letzteren waren Handelsgesellschaft, Darmstädter und Dresdner Bank bevorzugt. Von Bergwerken waren namentlich Kohlenaktien zu hohem Kurse lebhaft beachtet, auch Laura und Bochumer eröffneten um einige Prozent höher. Eisenbahnen ruhig und vorwiegend schwach. Später waren Lübeck-Büchener auf Hamburger Käufe erheblich anziehend. Im Kassaverkehr war die Tendenz fest, Kurse meist höher. Privatdiskont 3⅜ Proz. Nachbörse fest. — **Wetter:** Früh Reif, später wärmer, vorwiegend heiter. Westwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 263,10. Staatsb. 190,40. Lomb. 111,60. Galizier —,—. Egypter 95,00. 4proc. Ung. Goldr. 87,60. Diskonto 233,50. Dresdn. Bk. 155,50. Laura 157,20. Gelsenkirchen —,—. Fest.

Wien (Abends.) Credit 316,00. Staatsbahn 223,50. Lombarden 131,00. Nordwest 203,75. Markunten 58,35. Ung. Credit 352,25. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 88,05. Anleihe 105,75. Italiener 92,42. Staatsbahn 476,25. Lombarden 296,25. do. Prioritäten —. Spanier 73⅝. Egypter 479,06. Ottomanen 537,50. Suezaktie 605,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 24,60, per Mai-August 24,30, ruhig. Spiritus per März 35,70, per Septbr.-December 38,50, ruhig. Rüböl per März 77,00, per September-December 78,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 197, per Mai 200. Roggen per März 145, per Mai 144.

London (Produkten-Bericht). Weizen träger, fremder steig. Erbsen halten niedriger, Uebriges unverändert.

Der Hamburger Postdampfer „Moravia", Kapitän Winkler, ist am 10. d. M. in New-York eingetroffen.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm gestern Vormittag die Vorträge der Herren Staatsminister und den Rapport der Oberhofchargen entgegen und ertheilte nachdem mehrere Audienzen.

— Bei Sr. Majestät dem König fand gestern Nachmittag 5 Uhr große Hoftafel statt, zu welcher Se. Erlaucht Prinz Carl von Schönburg, Fürst Barclay de Tolly, Generaladjutant des Kaisers von Rußland, das Corps Diplomatique, Präsident von Schönberg, andere höhere Staatsbeamte, Militärs und Mitglieder der ersten und zweiten Kammer erschienen waren. — Am Sonnabend nahm Se. Majestät der König das Diner nicht bei dem Prinzen Reuß, sondern bei Sr. Durchlaucht dem regierenden Fürsten Reuß j. L. ein.

— Im prinzlichen Palais auf der Langestraße fand vorgestern Nachmittag Familientafel statt, zu welcher Se. Majestät der König von Strehlen eintraf.

— Für den verstorbenen Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld wird am hiesigen Königl. Hofe von heute bis übermorgen Trauer angelegt.

— Ober-Postkassen-Rendant, Rechnungsrath Heinrich Wilhelm Theodor Müller in Leipzig erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens.

— Dem im Dienste der Stadt Bautzen stehenden Förster Clausnitzer in Uhyst a. T. wurde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Ober-Finanzrath Robert Theodor Opelt erhielt den Titel und Rang eines Geheimen Finanzrathes.

— **Landtag.** Die erste Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Justizetat in Schlußberathung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte durch den Sekretär Grafen v. Könneritz-Lossa das Königl. Dekret über den auf den 22. März festgesetzten Schluß des Landtages zur Verlesung. Landesältester von Zezschwitz erstattete namens der zweiten Deputation Bericht zu den einzelnen Kapiteln des Justizetats. Ohne Debatte und einstimmig wurden sämmtliche Postulate, betreffend das Ministerium nebst Kanzlei, das Oberlandesgericht, die Land- und Amtsgerichte, Staatsanwälte und die allgemeinen Ausgaben beim Justizdepartement, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer bewilligt, ebenso die hierzu eingegangenen Petitionen der vogtländischen Land- und Amtsgerichtsexpedienten, der Arresthausinspektoren, Wachtmeister und Gerichtsdiener, der Dienergehilfen und der Gerichts-Copisten um Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse der Königl. Regierung zur Kenntnißnahme übergeben. — In der zweiten Kammer nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. Schill das Wort, um unter Bezugnahme auf die jüngsten Verhandlungen über die Fortbildungsschulfrage zur Vermeidung irriger Auffassung die Erklärung abzugeben, daß die Majorität der Deputation sich ausdrücklich gegen die Abschaffung des dritten Jahres und keineswegs die Geneigtheit ausgesprochen hat, den Wünschen der Petenten darin entgegenzukommen. Abg. Starke erstattete hierauf Bericht der Finanzdeputation A über einige Nachpostulate. Dem Antrag der Deputation entsprechend, beschloß die Kammer ohne Debatte und einstimmig 103,500 Mk. zur Erwerbung eines Haus-Grundstückes für den Akademieneubau und 110,000 Mk. zur Beschaffung der Mobiliarausstattung für das neue Kunstakademiegebäude in Dresden. Dagegen beantragte die Deputation, dem Beschlusse der ersten Kammer, zur Restaurirung der Freiberger Kreuzgänge 3000 Mk. gemeinjährig zu bewilligen, nicht beizutreten. Die Deputation ließ sich bei diesem Votum von der Ansicht leiten, daß der Staat hier schon Alles gethan habe, was für ihn zu thun ist. Es sei vielmehr zu verwundern, daß von der Stadt Freiberg und von Denen, die Interesse an der Erhaltung der Kreuzgänge haben, nicht das Mindeste zu derselben beigetragen worden ist. Von den Gegnern sei im vorigen Landtage die Beeinträchtigung des Straßenverkehrs durch die Kreuzgänge hervorgehoben worden. Nachdem ein Schadenfeuer die angrenzenden Häuser vernichtet, hätte die Stadt durch Veränderung des Straßenplanes für die Beseitigung jenes Uebelstandes selbst sehr leicht Sorge tragen können. Ein Grundstücksbesitzer habe sich sogar bereit erklärt, einige Meter zurückzutreten, um im Interesse des Verkehrs eine Straßenverbreiterung herbeizuführen, dies sei ihm aber vom Stadtrathe abgeschlagen worden. Wenn eine Stadtbehörde solche Fehler macht, habe der Staat keine Veranlassung, noch weitere Mittel zu bewilligen. Im Uebrigen aber habe die Deputation der Königl. Regierung anheim gestellt, ob es nicht zu ermöglichen sei, wenigstens den unteren Theil der Kreuzgänge für den Fußverkehr frei zu geben. Abg. Schreck bringt zur Heiterkeit des Hauses folgendes Curiosum zur Sprache. Man habe ihm gesagt, daß von einem der Schneiderinnung gehörigen Hause eine Platte, welche zwei aufrechtstehende Ziegenböcke darstellt, weggenommen und an dem Kreuzgange angebracht worden sei, so daß es den Anschein gewinnt, als habe man in dem Gebäude eine Bockbierwirthschaft vor sich. Redner wendet sich an den Referenten um Auskunft, inwieweit daran etwas Wahres sei. Abg. Müller-Freiberg erklärt, er stehe in der Kreuzgangsangelegenheit noch auf demselben Standpunkt wie ehedem. Von der Stadt werde nun und nimmermehr ein Pfennig dazu hergegeben werden; von der Einwohnerschaft, die in ihrer wirthschaftlichen Entwickelung gestört wird, könne man nicht auch noch Opfer verlangen. Was der Abg. Schreck angeregt habe, habe seine Richtigkeit, aber nur theilweise. Jene aus dem Jahre 1529 stammende Platte habe nicht der Schneiderinnung angehört, sondern einem Hause in der Petersstraße, wo ehedem eine Herberge, „Zum Bock" genannt, befunden

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck kauft man vortheilhaft bei E. Kreinsen, Amalienstrasse, Ecke Serrestrasse.